

Der Bund

Das Trinkwasser spaltet die Berner Grünen

Die neue grüne Nationalrätin Christine Badertscher lehnt die Trinkwasserinitiative ab. Ihr Partei- und Ratskollege Kilian Baumann kämpft schon länger für sauberes Wasser.

Samstag 11. Januar 2020 08:45 von Naomi Jones



Christine Badertscher (links) und ihr Parteikollege Kilian Baumann kurz nach den Wahlen im November. (Bild: Adrian Moser)

Die sogenannte [Trinkwasserinitiative](#) will, dass Bauern nur noch Subventionen erhalten, wenn sie mit ihrer Produktion weder die Gesundheit der Menschen, die Umwelt noch die Qualität des Trinkwassers gefährden. Konkret sollen die Bauern auf Pestizide verzichten, die Artenvielfalt fördern und die Tiere nur mit Futter vom eigenen Hof füttern. ([Lesen Sie hier, welche Folgen die Pestizide auf das Wasser haben können.](#)) Wer Antibiotika vorbeugend oder häufig einsetzt, soll keine Direktzahlungen mehr erhalten. Die Trinkwasserinitiative richtet sich also direkt gegen die konventionelle Landwirtschaft.

Dass der Bauernverband die Initiative bekämpft, erstaunt daher nicht. Andere Verbände wie die Kleinbauern-Vereinigung oder Vision Landwirtschaft unterstützen sie. Die Initiative bringe Bewegung in die «weitgehend blockierte Agrarpolitik» schreibt letztere auf der Homepage. Gemäss einer Studie verstosse die Landwirtschaftspolitik gegen geltendes Umweltrecht und die Trinkwasserinitiative verlange lediglich die wirksame Umsetzung dieses Rechts.

Viel erstaunlicher ist es aber, dass sich die neuen grünen Berner Nationalräte Christine Badertscher und Kilian Baumann nicht einig sind. Im Interview mit dem «Schweizer Bauer» sagt Badertscher, sie werde die Trinkwasserinitiative ablehnen. Gegenüber dem «Bund» sagt sie warum.

Lesen Sie nachfolgend die Argumente der beiden grünen Politiker und Fachleute für und gegen die Initiative. Christine Badertscher ist Umwelt- und Agraringenieurin und arbeitete für den Schweizer Bauernverband und Hilfswerk Swissaid. Kilian Baumann ist Bio-Bauer im Seeland.

«Die Initiative könnte auch das Gegenteil davon bewirken, was sie möchte.»



Christine Badertscher, Grüne Nationalrätin. Bilder: Adrian Moser

Frau Badertscher, warum unterstützen Sie als Grüne die Trinkwasserinitiative nicht?

Die Anliegen ist nicht grundsätzlich falsch, die Landwirtschaft muss nachhaltiger werden, aber der Weg der Initiative ist nicht zielführend. Die Initiative ist auch aus internationaler Sicht problematisch. Wir schauen nur auf die Schweiz, aber wir importieren die Hälfte unserer Lebensmittel, unter anderem viel Poulet- und Rindfleisch.

Wir können doch nur für die Schweiz schauen.

Wir können natürlich nicht anderen Ländern sagen, wie sie es machen sollen, aber wir können darauf achten, was wir importieren. Es ist unsere Verantwortung, was wir in der Schweiz konsumieren. Mit der Fair Food Initiative der Grünen wäre es möglich gewesen, auch für importierte Produkte Regeln der Nachhaltigkeit zu etablieren.

Es ist unsere Verantwortung, was wir in der Schweiz konsumieren.

Sie wälzen die Verantwortung auf die Konsumenten ab. Machen Sie es sich da als ehemalige Mitarbeiterin des Bauernverbandes etwas einfach?

Es geht nicht darum, die Verantwortung abzuschieben. Es ist nun mal so, dass der Konsum bei jedem Produkt einen grossen Einfluss auf die Produktion hat. Darum finde ich, dass wir eine Ernährungspolitik statt einer Agrarpolitik brauchen, damit alle Akteure einbezogen werden.

Der Bauernverband geht davon aus, dass die Initiative die konventionellen Produkte verteuern würden. Wenn die Preisdifferenz kleiner wird, werden aber mehr Leute Bioprodukte kaufen.

Nein, denn Bioprodukte sind schon heute nicht doppelt so teuer wie konventionelle und wir geben allgemein sehr wenig für Lebensmittel aus. Ich glaube auch nicht, dass der Preis für

die Konsumenten und Konsumentinnen allein entscheidend ist. Eher fehlt ihnen das Bewusstsein, wie wichtig ihre Rolle als Konsumierenden ist. Darum sollte man in der Ernährungspolitik die ganze Wertschöpfungskette einbeziehen.

Dank der Trinkwasserinitiative würde doch mehr Bio produziert und wäre mehr erhältlich.

Wir haben aber schon heute ein Absatzproblem, weil zu wenig Bioprodukte gekauft werden. Es gibt Bauern, die darauf warten müssen, umzustellen, obwohl sie es möchten. Viel sinnvoller wäre deshalb die Förderung des Biokonsums, z. B. über das öffentliche Beschaffungswesen.

Wir haben aber schon heute ein Absatzproblem, weil zu wenig Bioprodukte gekauft werden.

Sie gehen davon aus, dass viele Gemüseproduzenten auf Direktzahlungen verzichten würden. Was wäre daran schlimm?

Dann wäre das Ziel der Initiative nicht erfüllt. Denn sie richtet sich gegen die intensive Landwirtschaft. Doch wenn diese Betriebe auf Direktzahlungen verzichten, müssen sie den Ökologischen Leistungsnachweis nicht erfüllen, zum Beispiel auch nicht die Biodiversitätsförderflächen. Die Initiative könnte also auch das Gegenteil davon bewirken, was sie möchte. Übrigens kann gesunde Lebensmittel heute schon kaufen, wer auf die Bio-Knospe achtet.

Wie können Sie nach dem Jahr der Klimademos und der grünen Welle die Trinkwasserinitiative ablehnen, die einen wesentlichen Beitrag gegen den Klimawandel leisten würde?

Ich sehe den Handlungsbedarf und will eine nachhaltigere Landwirtschaft. Ich habe mich auch für einen Gegenvorschlag ausgesprochen – die Diskussionen sind noch in Gang. Doch die Frage ist, ob die Initiative bewirkt, was die Initiantin wollte. Wenn wir die Auswirkungen weltweit anschauen, dann sieht die Gesamtbilanz nicht gut aus. Nur die Produzenten in der Schweiz zu bestrafen, aber den Konsum nicht anzupassen, geht nicht. Dann werden die Probleme nämlich einfach ins Ausland ausgelagert, wie wir das schon mit der luftverschmutzenden Industrie getan haben.

«Die Wasserversorger warnen schon lange»



Kilian Baumann, Grüner Nationalrat.

Herr Baumann, warum unterstützen Sie als Bauer die Trinkwasserinitiative?

Als Seeländer kenne ich das Problem der Trinkwasserverschmutzung schon lange. Man weiss, dass sich die Abbauprodukte von Pestiziden in den Wasserversorgungen nachweisen lassen. Aber politisch ging nie etwas. Nun hat das Thema durch die Trinkwasserinitiative eine mediale Öffentlichkeit und langsam geht etwas, wie zum Beispiel das Verbot von Chlorothalonil.

Chlorothalonil wurde aber in der EU verboten, die Schweiz zog bloss nach.

Das ist so. Aber Chlorothalonil ist nur ein Beispiel von vielen Abbauprodukten, die problematisch sind. Immer mal wieder erhalten gewisse Mittel die mediale Aufmerksamkeit. Dann passiert etwas. Vor Chlorothalonil war es Glyphosat, noch früher Atrazin. Das Problem ist aber viel grösser, denn es gibt noch sehr viele chemisch-synthetische Pestizide, die sich auch im Wasser nachweisen lassen. Die Wasserversorger warnen schon lange, aber sie wurden nie ernst genommen.

Würden Sie als Bio-Bauer nicht einfach persönlich von der Initiative profitieren?

Ich bin Fleischproduzent mit 100% betriebseigenem Futter, nicht Gemüsebauer. Ich wäre von der Initiative nicht betroffen. Die Initiative würde mir aber auch nicht schaden. Und vielen anderen Bauern auch nicht. Und wir werden nicht alle verhungern, oder viel mehr importieren müssen.

Die Initiative würde mir nicht schaden. Und vielen anderen Bauern auch nicht.

Warum nicht?

Die Schweiz ist ein Grünland mit Bergen und Hügeln, wo Viehwirtschaft betrieben wird. Dort setzt man keine Pestizide ein. Die Trinkwasserinitiative betrifft vor allem das Mittelland, wo sich die Ackerbauern fragen müssen, ob sie weiterhin Pestizide einsetzen oder Direktzahlungen wollen.

Die Initiative stellt aber auch an die Viehwirtschaft Forderungen. Bauern sollen nur so viel Vieh halten, wie sie mit dem eigenen Hof füttern können.

Ja, sie zielt damit auf die Futterimporte aus Brasilien ab, die problematisch sind. Die Frage wird sein, wie streng die Initiative ausgelegt wird. Wird sie wörtlich ausgelegt, darf ein Bauer kein Futter vom Nachbarn mehr kaufen. Aber da wird absichtlich schwarz gemalt. Meiner Ansicht nach könnte das Futtermittel innerhalb der Region immer noch gehandelt werden. Es wäre schon ein Fortschritt, wenn das Futter nur noch innerhalb von Europa gehandelt würde. Heute werden 80 Prozent der Hühner mit Import-Futter gefüttert, oft aus Übersee. Wenn wir so weitermachen wird die ganze Schweiz ein riesiger Misthaufen. Denn wo gehen wir mit all der Gülle aus dem importierten Futter hin?

Die Hühner machen doch auch Mist.

Dann befindet sich das lokale Futter aber in einem geschlossenen Kreislauf. Durch die Importe aus dem Ausland kommen mehr Nährstoffe auf unsere Felder als sie abgegeben haben. Das ist schlecht für die Artenvielfalt. Denn wenn die Wiesen so stark gedüngt werden, wächst dort bald keine Blume mehr. Pflanzen, die magere Standorte brauchen verschwinden. Und mit ihnen die Insekten und Vögel.

Auch Bio-Bauern benutzen problematische Mittel, etwa Kupfer, das zwar nicht für das Wasser aber für die Bodenlebewesen problematisch ist.

Absolut. Dessen ist man sich bewusst und versucht deshalb vom Kupfer wegzukommen, etwa durch das Züchten von resistenten Sorten. Im Weinbau hat man Rebsorten entwickelt, die resistenter gegen Mehltau sind und kein Kupfer mehr benötigen.

Wir können nicht alles auf die Konsumenten abschieben und müssen die Weichen in der Politik stellen.

Ihre Partei- und Nationalratskollegin Christine Badertscher, sagt die Konsumenten seien schuld, dass nicht mehr Bio angebaut werde. Sehen Sie das auch so?

Nein, ich sehe es nicht so. Denn wir können nicht alles auf die Konsumenten abschieben und müssen die Weichen in der Politik stellen. Sie greift schliesslich auch stark in die Produktion für den konventionellen Markt ein. Hier gibt es laufend Butterberge und Milchseen, die abgebaut werden müssen. Dann wird die Werbung für Butter und Milch gefördert oder Zölle erhoben. Im Biomarkt ist es erstmals so, dass es mehr Milch gibt, als gekauft wird. Doch in vielen Bereichen ist die Nachfrage nach Bio noch viel grösser als das Angebot. Zum Beispiel muss 50 Prozent des Biogetreide für Brot importiert werden. Das ist kein Argument gegen Bio. Aber da Bio auch Klimaschutz ist, könnte die Politik durchaus mehr eingreifen. Ich mache ein Beispiel: Wenn wir den Importzoll für Bio-Produkte senken würden, hätten selbst konventionelle einheimische Produzenten dagegen keine Chance mehr. Die Politik hat also sehr stark Einfluss darauf, was und wie produziert wird. Andererseits nützt die ganze Politik nichts, wenn wir nicht alle unsere Ernährung ändern und viel weniger Fleisch essen.

Essen Sie als Fleischproduzent am Ende gar kein Fleisch?

Doch, wenn auch weniger als früher. Die Schweiz ist ein Grünland, das nur mit Tieren genutzt werden kann. Dazu stehe ich. Das Problem ist der Import.

Müssten Sie als Biobauer die Initiative nicht wenigstens insgeheim ablehnen, weil dadurch ihre Konkurrenz grösser wird?

Ich mache Politik aus Überzeugung und nicht weil ich davon profitieren könnte. Auf dem Bio-Markt wird die Konkurrenz tatsächlich zunehmen, wenn die Trinkwasserinitiative angenommen wird. Und nicht alle Bio-Bauern vertreten dieselbe Haltung. Doch viele verzichten nicht aus wirtschaftlichem Interesse auf Pestizid, sondern weil sie sehen, wie es der Umwelt schadet. Wir sind von der Bio-Landwirtschaft überzeugt und wollen die Welt verbessern.

Samstag 11. Januar 2020 08:45 von Naomi Jones

Kommentare

1. Charles Deuxvor 1 Std
Sehr schwach von Frau Badertscher: nicht die Verursacher des Trinkwasserproblems, sondern alle andern sind schuld und sollen etwas tun. So argumentieren Lobbyisten und nicht verantwortungsbewusste Bürger. Mit dem Resultat das alles so bleibt wie es ist.
[Empfehlen \(13\)](#)
2. D Grobvor 1 Std
Nun, Christine Badertscher, wes Brot ich ess, des Lied ich sing...
[Empfehlen \(10\)](#)
3. Kurt Widmervor 1 Std
Badertscher kaut uns als ehemalige Mitarbeiterin des Bauernverbands das neoliberale Märchen der "Verantwortung des Konumenten" vor. Mit diesen Geschichtlein versuchen sich die Dreckspatzen aller Branchen von sämtlicher Eigenverantwortung freizusprechen um munter weiter die Umwelt in den Abgrund zu reissen, eben weil "die Konsumenten das so wollen".
Wo Badertscher recht hat: die angenommene Trinkwasserinitiative darf nicht der Endpunkt der schweizer Ernährungspolitik sein, was sie nicht sieht: auch das Trinkwasser gehört zur Ernährung.

Die Initiative ist darum ein wichtiger erster Schritt nachdem die Bauern (und die Konsument*innen) jahrzehntelang bewiesen haben, dass sie das Problem nicht in den Griff bekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Kurt Widmer

[Empfehlen \(11\)](#)